

PRESSEFREIHEIT

Sollen die Medien Partei ergreifen?

Von Journalisten wird im neuen Konflikt Bekenntnis zum US-dominierten Westen verlangt. Ist das noch demokratisch?

Wohl kaum!

Von Klaus Stöhlker



Klaus Stöhlker:

Weil Palästinenserführer Abbas alle Spielregeln der Diplomatie abschüttelte und, neben dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz stehend, die Israeli des 50fachen Holocausts beschuldigte, kommen nun auch die deutschen Medien ins Kreuzfeuer.

Den an der Medienkonferenz des Bundeskanzlers zahlreich anwesenden Journalisten wird vorgeworfen, auch sie hätten keine Protestrufe ausgestossen und gegen die Voten des Palästinenser-Chefs protestiert. Das sind neue Töne.

Wenn der deutsche Bundeskanzler eine treffende Antwort auf die Ungeheuerlichkeit von Abbas verschlafen hat, wundert dies eigentlich niemand. Olaf Scholz ist ein sehr träger Hamburger.

Wohlgemerkt, es gibt auch andere. Aber Scholz ist nicht ein Mann des schnellen Wortes. Wie er sich Stunden später entschuldigte, verrät die Hand seiner „spin doctors“, die allen Angriffen aus Israel den Wind aus den Segeln nehmen wollten.

Aber die Medien? Müssen Journalisten künftig protestieren, wenn ein ausländischer Regierungschef die Schweiz besucht und sich unpassend äussert.

Das haben viele deutsche Politiker getan, welche „die Kavallerie in die Schweiz schicken“ wollten. Müssten dann Journalisten auf die Stühle steigen und den Politiker im Protest niederschreien?

Wenn die in letzter Zeit sehr stumm gewordene VBS-Chefin Viola Amherd in aller Öffentlichkeit ein amerikanisches Kampfflugzeug verteidigt, von dem jeder bisherige Nutzer weiss, dass es den Steuerzahler teurer kommt als bei der Beschaffung behauptet, müssen dann nicht mindestens die Fachjournalisten mit Papierfliegern protestieren?

Politiker neigen in der Öffentlichkeit immer wieder dazu, Projekte einseitig vorzustellen. Sie berufen sich auf die Haltung ihrer Partei, die Fraktionsdisziplin oder einfach nur auf ihre feste Überzeugung, die manchmal nur einige Stunden Bestand hat.

Viele Journalisten wissen bestens, dass das Gesagte nur eine sehr geringe Halbwertszeit hat. Müssen sie künftig gleich protestieren, um ihre Leser, Hörer oder Zuschauer nicht auf eine falsche Fährte zu setzen?

In der Praxis berufen sich die Medienvertreter auf die Macht ihrer Kommentare. Bericht und Kommentar sollen getrennt sein.

Wer die Medien aufmerksam liest, wird rasch feststellen, dass diese Trennung, ein Merkmal höchster Qualität, immer seltener Beachtung findet.

Nicht nur die Boulevard-Medien stehen unter Verdacht, ihre Leser zu manipulieren, auch die grossen Tages- und Sonntagszeitungen pflegen ihre Wertehaltungen, mögen diese noch so fragwürdig sein.

Die SRG mit dem SRF widerspricht nicht einmal mehr, dass sie als halbsouveränes Staatsmedium diesen Staat in kritischer Mitwirkung zu schützen hat. Was heisst schon „kritische Mitwirkung“, wenn die Journalisten mit einem Auge, manchmal auch mit beiden, auf einen PR-Job in der Bundesverwaltung schielen?

Mehr denn je wird heute verlangt, dass alle, Medien- und Medienkonsumenten, Farbe bekennen im Hinblick auf den neuen Ost-West-Konflikt. Vereinfacht gesagt: Wir gehören zum Westen, das heisst, den USA.

Der Osten, das sind die Autokraten, beginnend in Polen, Ungarn und der Türkei. Die Autokraten und Diktatoren samt ihren Zuträgern sind unsere Gegner. Terroristen sind alle, welche die westlichen Werte nicht respektieren.

**So wird das Leben im beginnenden 21. Jahrhundert einfach.
Die Medien wissen, was sie zu berichten und wann sie zu klatschen
oder zu protestieren haben.**

Diese neue Harmonie ist mir unheimlich. Ist sie noch demokratisch? Kaum.

Dieser Artikel erschien auch bei:

IN\$IDE PARADEPLATZ

FINANZNEWS AUS ZÜRICH